

II - 785 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Bundesrates

Präs.: 17. Nov. 1988 No. 53/A (E) - 82/88

E n t s c h l i e ß u n g s a n t r a g

der Bundesräte Frauscher, Strutzenberger, Krendl  
und Genossen  
betreffend Gleichbehandlung von Pensionisten bei der  
Befreiung von der Telefongrundgebühr

Außer im Falle von Hilflosigkeit und für blinde und praktisch blinde Personen besteht für Pensionisten, die in Pensionistenheimen ihren Lebensabend verbringen, keine Möglichkeit, eine Befreiung von der Telefongrundgebühr zu erreichen. Pensionisten, die nach den Bestimmungen des Fernmeldegebührengesetzes von der Telefongrundgebühr befreit waren, weil ihre Pension den Richtsatz nach den pensionsrechtlichen Bestimmungen um nicht mehr als 12 % überschritt, verlieren ihre Befreiung mit der Übersiedlung in ein Pensionistenheim. Dies bedeutet eine Ungleichbehandlung gegenüber Pensionisten, die nicht in Pensionistenheimen wohnen. Es ist aber unbestreitbar, daß auch Pensionisten, die in Pensionistenheimen wohnen, ein eigenes Telefon brauchen, um die bisherigen Kontakte aufrecht erhalten zu können, um nicht völlig aus den bisherigen gewohnten Lebensumständen herausgerissen zu werden. Seitens der Generaldirektion der Post- und Telegraphenverwaltung wird diese Ungleichbehandlung von älteren Menschen damit begründet, daß Pensionisten in Pensionistenheimen 20 % ihrer Pension für persönliche Verwendung verbleiben und eine Bedürftigkeit im Sinne des Fernmeldegebührengesetzes somit nicht vorliegt. Den Antragstellern erscheint es aber unzumutbar, von Pensionisten zu verlangen, daß im Regelfall ein wesentlicher Teil des verbleibenden Geldes für die Bezahlung der Telefongrundgebühr bzw. der Fernsprechgebühren aufgewendet wird.

Die unterzeichneten Bundesräte stellen daher folgenden

E n t s c h l i e ß u n g s a n t r a g :

Der Bundesrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr wird aufgefordert, eine zeitgemäße Anpassung der Befreiungsbestimmungen in die Wege zu leiten, bei der auch Bewohner von Pensionistenheimen mit geringem Einkommen angemessen berücksichtigt werden.

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag dem Ausschuß für öffentliche Wirtschaft und Verkehr zur Vorberatung zuzuleiten.